Bürgerverein Heuchelhof 4.6.2014

Bürgerstimme Nr.19 zum A3-Würzburg-Tunnel

**Auch die Stadt Würzburg wechselt die Seite**

Beim Bürgerentscheid am 13. April 2014 hat die Mehrheit der aktiven Wähler in Punkt 1 dafür gestimmt, dass die Stadt Würzburg sämtliche politischen und rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, um die Errichtung des Würzburg-Tunnels zu verwirklichen. Der Bürgerentscheid bindet die Stadtverwaltung, zumindest für ein Jahr, genauso wie ein Beschluss des Stadtrats.

Oberbürgermeister Schuchardt und seine Verwaltung haben diesen Auftrag angenommen und in den vergangenen Wochen folgende Maßnahmen ergriffen: Zur Unterstützung des städtischen Rechtsamtes wurde eine Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei zugezogen. Ihr Vertreter, Herr Cziallas, referierte im Mai vor dem Stadtrat über die rechtlichen und politischen Möglichkeiten der Stadt. Danach entstanden in Zusammenarbeit mit Herrn Stadtrat und Rechtsanwalt Baumann, der bisher die Prozesse gegen die Planungen und Genehmigungen des Freistaats Bayern zum Ausbau der Autobahn A3 im Würzburger Stadtgebiet geführt hat, sieben Schreiben, die im Namen von Herrn Oberbürgermeister Schuchardt am 4.Juni 2014 versandt wurden.

Die Autobahndirektion Nürnberg wird aufgefordert, die Planungs- und Bauarbeiten an der Talbrücke Heidingsfeld, am Trogtunnel und an der weiteren Strecke bis zum vorhandenen Ausbauende vor der Randersackerer Mainbrücke einzustellen. Weiterhin soll die Autobahndirektion verzichten auf die Nutzung der in diesem Bereich erteilten Genehmigungen und ein neues Planfeststellungsverfahren für den Würzburg-Tunnel einleiten.

An die Regierung von Unterfranken als Genehmigungsbehörde geht der Antrag, den Planfeststellungsbeschluss und die ergänzenden Bescheide außer Vollzug zu setzen und aufzuheben.

An den Bayrischen Landtag geht eine Petition gegen die Trogvariante und für den Bau des Würzburg-Tunnels. Eine ähnliche Petition geht auch an den Deutschen Bundestag. Bauherr der Autobahnen ist die Bundesrepublik Deutschland. Das Land Bayern mit seiner Autobahndirektion arbeitet im Auftrag und auf Kosten der Bundesrepublik. Alle Gelder müssen vom Bundestag genehmigt werden, aber Bayern nimmt sich bei der Verteilung auf die verschiedenen Vorhaben erhebliche Freiheiten.

Schließlich gehen Briefe an ausgewählte Abgeordnete von Land, Bund und EU, mit der Bitte, Würzburg in seinem Anspruch auf einen zukunftsfähigen Ausbau dieser europäischen Hauptverkehrsachse in seinem Stadtgebiet politisch zu unterstützen.

Alle Forderungen sind sorgfältig begründet. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Er hat geurteilt, dass die deutschen Präklusionsregeln mit europäischem Recht nicht vereinbar sind. Diese Präklusionsregeln haben aber dazu geführt, dass die Luftschadstoffproblematik beim Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht 2011 ausgeklammert worden ist.

Inzwischen versucht die Autobahndirektion, an verschiedenen Stellen vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Baufirmen haben sogar mit Arbeiten an der Behelfsautobahn westlich der Raststätten begonnen, obwohl dafür noch kein Baurecht besteht. Es wird spannend, was die nächsten Tage und Wochen bringen. Der Bürgerverein Heuchelhof wird Sie weiterhin regelmäßig informieren.

Christiane Kerner und Hermann Wördehoff